



## Motion

Betreffend: **Offenlegung der Finanzierung von Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnen**  
eingereicht von: Yves O. Aeschbacher namens der SP-Fraktion  
am: 02. November 2020

---

### Forderung:

Der Gemeinderat unternimmt die nötigen Schritte zur Erarbeitung eines Reglements, welches die Offenlegung der Finanzierung von Parteien, insbesondere ihrer Wahl- und Abstimmungskampagnen, auf kommunaler Ebene regelt.

### Begründung:

Parteienfinanzierung ist in der Schweiz ein Dauerthema. In der Vergangenheit wurde das Thema aufgegriffen, dann aber ohne konkretes Resultat begraben. Das Thema beschäftigt die Öffentlichkeit aber weiterhin, sowohl auf internationaler, nationaler als auch auf kommunaler Ebene. So fordert z.B. Transparency International Schweiz eine umfassende Regulierung der Politikfinanzierung. Die Intransparenz in der Schweizer Politik ist nach Auffassung der Organisation ein Defizit des hiesigen politischen Systems.

Der Schweiz droht neu auch die Aufnahme auf die schwarze Liste des Antikorruptionsorgans des Europarates Greco (Groupe d'Etats contre la corruption), dem die Schweiz 2006 beigetreten ist. Obwohl die Greco-Standards seit 2003 auf dem Tisch liegen, hat die Schweiz in dieser Sache bisher keine Schritte unternommen.

Eine Offenlegungspflicht der Finanzen erachten wir als Kernelement einer funktionierenden Demokratie. Umfragen zeigen, dass ein Grossteil der Bevölkerung von den politischen Parteien, Wahl- und Abstimmungskomitees vermehrte Offenheit bezüglich ihrer Finanzierung erwartet. Bei Wahlen und Abstimmungen - dies haben die letzten Jahre gezeigt - werden immer höhere Geldsummen eingesetzt. Gesellschaftliche Interessengruppen und vermögende Einzelpersonen schrecken nicht davor zurück, mehr oder weniger anonym die Macht der Medien in der Hoffnung einzusetzen, die Willensbildung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in ihrem Sinne zu beeinflussen. Aktive Werbung um die Stimme des Bürgers ist nicht verboten, aber unsere Demokratie lebt von der Offenheit. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können ihren Entscheid nur dann gestützt auf einen freien und umfassenden Prozess der Meinungsbildung treffen, wenn sie wissen, welche Interessen mit welcher finanziellen Potenz hinter einer bestimmten Partei-, Wahl- oder Abstimmungswerbung stehen. Nur dann können sie eine Abstimmungsparole einer Partei oder Gruppierung realistisch einschätzen. Die Parteien, Wahl- und Abstimmungskomitees sollen daher, wie in vielen europäischen und amerikanischen Staaten, verpflichtet werden, ihre Finanz- und Sachmittel offen zu legen und für grössere Beiträge anzugeben, woher diese stammen oder wer sie ermöglicht hat.

Yves O. Aeschbacher für die SP-Fraktion  
(elektronische Einreichung, ohne Unterschrift)